

# Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

## Platz 170 von 174

Nach dem Indikator für menschliche Entwicklung lag Afghanistan 1996 auf Platz 170 von 174 Ländern. Dabei werden nicht nur das Einkommen, sondern Sozialindikatoren wie Bildungszugang, Ernährung und Gesundheitsstandard bewertet. Das gab das UN-Entwicklungsprogramm UNDP bekannt.

## Geld von Terrorismus-Verdächtigem

Der saudische Millionär und islamistische Regimegegner Usama bin Laden soll Presseberichten zufolge den Taleban Geld zum Wiederaufbau des Landes zugesagt haben. Bin Laden, den die USA beschuldigen, u.a. hinter den Bombenanschlag auf das World Trade Center in New York sowie US-Army-Einrichtungen in Saudi-Arabien zu stehen, hielt sich bereits vor dem Vormarsch der Taleban bei Dshalalabad in Ostafghanistan auf. Von ihm finanzierte Ausbildungslager für islamistische Kämpfer aus arabischen Staaten sollen die Taleban jedoch geschlossen haben.

## UN-Menschenrechtler kritisieren Taleban

Entgegen der Behauptung der Taleban gäbe es in der afghanischen Bevölkerung "beträchtliche Vorbehalte" gegen die Bewegung, die zu diesem Zeitpunkt etwa drei Viertel Afghanistans kontrollierte. Dies erklärte der Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für Afghanistan, der südkoreanische Professor Choong-Hyun Paik, in einem Bericht, der am 9. April in Genf veröffentlicht wurde. Vor allem hielt er den Taleban vor, nichts für den sozialen Wiederaufbau des Landes zu tun und das Recht von Frauen und Mädchen auf Erziehung und Berufsausübung zu verletzen. Auch die Erziehung der Jungen sei vom Arbeitsverbot für Lehrerinnen betroffen, da zum Beispiel in der Hauptstadt Kabul vor dem Einmarsch der Taleban 70 Prozent der Lehrkräfte Frauen gewesen seien. Paik zufolge seien die Taleban auch nicht an einer politischen Lösung interessiert, sondern strebten eine militärische Lösung und die Eroberung des gesamten Territoriums an.

Am 16. April schloß sich die UN-Men-

schenrechtskommission in Genf Paiks Kritik an und verlangte in einer einstimmig angenommenen Resolution von den Taleban, unverzüglich die Menschenrechte der Frauen zu respektieren. Weiter heißt es in der Resolution, Frauen müßten in allen Teilen des Landes am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen können, und das Recht der Mädchen und Frauen auf Erziehung und Arbeit müsse auf allen Ebenen garantiert werden. Ferner rief die Kommission alle Konfliktparteien auf, ihre Feindseligkeiten einstellen, einen politischen Dialog zu beginnen und eine nationale Versöhnung anzustreben.

## Neuer Appell des UN-Sicherheitsrates

Nach zweitägiger Debatte hat Mitte April auch der UN-Sicherheitsrat die kriegführenden Parteien in Afghanistan aufgefordert, endlich die Kämpfe einzustellen und Gespräche über eine Lösung des Konflikts zu beginnen. Der amtierende Ratspräsident Antonio Monteiro aus Portugal äußerte seine Besorgnis darüber, daß der anhaltende Krieg "die Region destabilisieren" könne und Terrorismus und Drogenhandel "einen fruchtbaren Boden" bereite. Zuvor hatte der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Afghanistan, der Deutsche Norbert Holl, das Gremium in vertraulicher Sitzung über die Lage in Afghanistan informiert. Er soll allen Parteien vorgeworfen haben, nur auf eine militärische Konfliktbeendigung zu setzen.

## UNHCR unter schwerer Kritik

Die US-Menschenrechtsorganisation 'Human Rights Watch' hat Mitte April dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) vorgeworfen, bei der Rückführung von Flüchtlingen in mehreren Fällen gegen die eigenen Bestimmungen verstoßen zu haben. Es habe Druck auf Flüchtlinge ausgeübt bzw. ohne Protest zugelassen, daß dieser von anderen Seiten ausgeübt wurde, ohne dagegen zu protestieren. Im Falle tadshikischer Flüchtlinge in Afghanistan hätten die UNHCR-Lagerverwaltungen 1995 und 1996 die Lebensmittelrationen gekürzt, um Flüchtlinge zur Heimkehr zu bewegen. In Tadshikistan habe das UNHCR zudem zu wenig Personal eingesetzt,

um seine Aufgaben wirkungsvoll erfüllen zu können.

## Historische Bauwerke in Gefahr

Die berühmten Buddha-Statuen von Bamian aus der graeco-baktrischen Epoche im 1./2. Jh. u.Z. sind in Gefahr. Das Gebiet befindet sich gegenwärtig unter Kontrolle schiitischer Gruppen, aber der Taleban-Kommandant des Gebietes, Abdul Wahed, kündigte an, bei einer Eroberung die "Götzenbilder" zu zerstören. Allerdings hatten auch schon früher Mudshahedin Schießübungen mit den 38 bzw. 55 Meter hohen, aus einer Felswand geschlagenen und mit ehemaligen Mönchszellen durchsetzten Statuen vollführt. Der Direktor der UNESCO forderte laut 'Le Monde' vom 24.4. das "afghanische Volk" auf, "ihre Erbe zu retten".

## Wieder Entwicklungshelfer festgenommen

Die Taleban haben nach Angaben der Dachorganisation zur Koordinierung der Afghanistan-Hilfe Ende April mindestens zwölf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen festgenommen. Wie ihr Sprecher Ross Everson Anfang Mai mitteilte, werde den Helfern afghanischer Nationalität Waffenschmuggel vorgeworfen. Bereits im Februar waren sieben Helfer festgenommen worden, aber nach einer Strafe, zu der auch Auspeitschen gehörte, wieder freigekommen. Fünf Franzosen von der 'Action contre la Faim', die bei einem Essen mit Afghaninnen in einem Raum gegessen, dort Wein getrunken hatten und deshalb festgenommen worden waren, waren am 7. April nach 45tägiger Haft wieder freigekommen.

## Dreiertreffen mit Rabbani

Erstmals sind am 10. Mai die Präsidenten Irans und Tadshikistans mit dem selbsterklärten Interimspräsidenten Afghanistans, Burhanuddin Rabbani, zusammengetroffen. In der tadshikischen Hauptstadt Duschanbe berieten der noch bis August amtierende Ali Akbar Haschemi Rafsandshani und Emomali Rahmonow mit Rabbani unter anderem eine Lösung der Afghanistan-Krise. Zuvor hatte Rahmonow beide zu getrenn-

ten Treffen empfangen. Dabei vereinbarten Rafsandshani und Rahmanow mehrere Abkommen über den Ausbau der bilateralen Beziehungen. Der Gastgeber bezeichnete den Besuch des iranischen Staatschefs als "historisch" und als Beginn eines "neuen Kapitels in den Beziehungen". Die drei Präsidenten sprachen sich für eine friedliche Beilegung der Konflikte in Tadschikistan und Afghanistan aus.

## UNHCR bestätigt Zwangsvertreibungen

Eine Sprecherin des UNHCR in Indien hat bestätigt, daß die Taleban viele Afghanen gezwungen haben, ihre angestammten Wohngebiete zu verlassen. Nur wenigen sei erlaubt worden, wieder zurückzukehren. Nach Angaben von UNHCR-Missionschefin Irene Khan in New Delhi sind seit Oktober 1996 in Afghanistan mindestens 250.000 Menschen auf der Flucht. Auch der Zustrom aus den umkämpften Gebieten in die Hauptstadt Kabul reißt nicht ab. Täglich kämen 800 neue Flüchtlinge in die zerstörte Stadt, wo ihre Lage immer schwieriger werde. Die Flüchtlinge lebten zum Teil in Schulen und Moscheen und hätten nur das notdürftigste Gepäck retten können.

## Uran beschlagnahmt

Die Taleban haben ihrem Gouverneur von Kabul zufolge in der Stadt geschmuggeltes Uran beschlagnahmt. Vor Journalisten präsentierte Gouverneur Khairkhwā am 17. Mai einen mit kyrillischen Schriftzeichen versehenen versiegelten Bleibehälter aus Blei, der eine Woche zuvor bei einer Schmugglerin in einem luftdicht schließenden Thermosbehälter gefunden worden sei. Dies sei bereits der zweite derartige Fall gewesen.

## Ausländer aus Mazar evakuiert

Mit einem Fahrzeugkonvoi in die usbekische Grenzstadt hat die UNO Ende Mai etwa 70 Ausländer aus der umkämpften nordafghanischen Stadt Mazar-e Scharif evakuiert. Bei ihnen handelt es sich überwiegend um UN-Mitarbeiter. Schon Tage zuvor war das Personal des russischen Konsulats in Mazar mit Familien sowie die Mitarbeiter russisch-afghanischer Gemeinschaftsunternehmen nach Usbekistan evakuiert worden.

## Islamabad und Riad erkennen Taleban an

Nach ihrem - zeitweiligen - Einmarsch in der nordafghanischen Stadt Mazar-e

Scharif (siehe Beitrag in diesem Heft) haben die Taleban am 25. Mai die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, ihre Herrschaft in Afghanistan anzuerkennen. Ihr Botschafter in Pakistan, Maulawi Schahabuddin Dilawar, sagte vor der Presse in Islamabad, die derzeitige Regierung in Kabul sollte von den Staaten der Erde als rechtmäßiger Repräsentant des afghanischen Volkes anerkannt werden. Als erstes Land der Welt folgte noch am gleichen Tag Pakistan dem Aufruf. Außenminister Gohar Ayub Khan zufolge erfülle die Taleban-Herrschaft alle Kriterien einer völkerrechtlichen Anerkennung: Sie beherrsche inzwischen den größten Teil des Staatsgebietes und repräsentiere alle Volksgruppen des Landes. Drei Tage später erkannte auch Saudi-Arabien die Taleban an.

Iran hingegen wolle laut Präsident Hachemi Rafsandshani der Entscheidung der UNO folgen. Dort nimmt weiterhin die vertriebene Rabbani-Regierung den afghanischen Sitz ein. Gleichzeitig beschuldigte der Sprecher des Teheraner Außenministeriums, Mahmud Mohammadi, Pakistan, Saudi-Arabien und die USA, den Bürgerkrieg in Afghanistan durch die Unterstützung der Taleban zu verlängern. Die Menschen des Landes müßten an einer Friedenslösung beteiligt werden, forderte er.

Ende Mai holte der Zweite Sekretär der afghanischen Botschaft in Washington die grün-weiß-schwarze Flagge der Mudshihin-Regierung auf dem Gebäude ein und hißte die weiße Fahne der Taleban. Zwei Vorgesetzte ließ er nicht mehr in die Botschaft. Die US-Regierung reagierte auf den Zwischenfall mit der Erklärung, es sei "keine Veränderung notifiziert" worden. Der afghanische Geschäftsträger in London, Ahmad Wali Masud, Bruder von Ahmad Schah Masud, weigerte sich unterdessen einem Bericht des "Guardian" zufolge, die Botschaft an Taleban-Vertreter zu übergeben.

## Reaktionen Washingtons, Moskaus und Duschanbes

Das US-Außenministerium rief nach dem Fall Mazars zur sofortigen Beendigung der Kämpfe in Afghanistan und zur Bildung einer Regierung auf breiter Grundlage in Kabul auf. Die Taleban müßten ihre radikal-islamische Politik mäßigen, wollten sie westliche Wiederaufbauhilfe erhalten, so ein Sprecher des State Department in Washington. Ein Schritt dazu sei sicherlich eine Lockerung der Verbote für Frauen und Mädchen, sagte er. Gleichzeitig vermied er jedoch eine konkrete Antwort auf die Frage, ob die USA die Taleban-Regierung anerkennen wollen.

Für Rußland stehe derzeit eine Anerkennung der Taleban nicht zur Debatte, so Regierungssprecher Igor Schabdurasulow. Die Regierung in Moskau warnte die Taleban erneut davor, die Grenzen zur GUS zu verletzen. Ein Sprecher des russischen Außenministeriums erklärte, Rußland und seine mittelasiatischen GUS-Partner seien sehr besorgt über die mögliche Bedrohung ihrer Grenzen. In Moskau trafen sich am 27.5. Vertreter Rußlands und acht weiterer GUS-Staaten zu einer Dringlichkeitsitzung wegen der Taleban-Erfolge. Gleichzeitig setzte Moskau seine in Tadschikistan stationierten Grenztruppen in erhöhte Kampfbereitschaft. Eine Verstärkung sei aber nicht geplant, hieß es. Der Sprecher des tadschikischen Präsidenten Rahmonow erklärte, neue Flüchtlingsströme aus Afghanistan könnten den Friedensprozeß in seinem Land gefährden.

## DED-Helfer verlangen mehr deutsche Hilfe für Afghanistan

Etwa 150 ehemals nach Afghanistan entsandte deutsche Entwicklungshelfer haben humanitäre, Entwicklungszusammenarbeit- sowie Menschenrechtsorganisationen in Deutschland aufgefordert, "sich umgehend und verstärkt an der Befriedung und am Wiederaufbau dieses Landes zu beteiligen". In einer Abschlusserklärung nach einem Treffen der "ded-Landesinitiative Afghanistan" vom 30.5. bis 1.6. in Seeheim bei Darmstadt kritisierten Teilnehmer, daß die Bundesregierung für 1997 Mittel für gtz-Projekte in Afghanistan gekürzt und für 1998 ganz gestrichen habe. Die Begründung, das sei eine Antwort auf die Menschenrechtsverletzungen der Taleban, wurde als "Ausrede" zurückgewiesen, hieß es. In der Resolution wird die Bundesregierung aufgefordert, "Afghanistan im Sinne ihrer eigenen entwicklungspolitischen Leitlinien als einem der am wenigsten entwickelten Länder Priorität einzuräumen und aufgrund der ungeklärten politischen Situation verstärkt die Zusammenarbeit sowie Projekte von Nichtregierungsorganisationen beider Länder zu fördern". In NRO engagierte Teilnehmer hatten an verschiedenen Beispielen nachgewiesen, daß auch in Taleban-Gebieten sinnvolle Projekt-Arbeit geleistet werden könne. Dies sei nicht mit einem Gutheißen der Taleban-Politik vor allem Frauen und Mädchen gegenüber gleichzusetzen. Der "Deutsche Entwicklungsdienst" (ded) war von 1964 bis 1979, dem sowjetischen Einmarsch, in Afghanistan vertreten. Das Regionalentwicklungsprojekt in der Provinz Paktia war das finanziell umfangreichste Vorhaben in der Geschichte der bundesdeutschen Entwicklungshilfe.